

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBI. I S. 1722). Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. i S 1509).

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung - (BauO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz am 20.05.2014 (GV NRW S. 294).

Soweit in den Festsetzungen Bezug genommen wird auf technische Regelwerke, DIN-Normen, VDI-Richtlinien oder Richtlinien anderer Art, können diese bei der Stadt Winterberg, Bauamt zu den Öffnungszeiten eingesehen werden.

Textliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung

1.1 Sondergebiet "Fachmarktzentrum"

Gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO wird ein Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel mit der Zweckbestimmung "Fachmarktzentrum" zulässig.

Zulässig ist Einzelhandel mit Waren aller Art bis zu einer maximalen Gesamtverkaufsfläche von 2.600 m² mit nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimenten gemäß der Winterberger Sortimentsliste sowie Lager, Büro- und Personalräume. Ebenfalls zulässig sind dem Einzelhandel untergeordnet Büronutzung, Dienstleistungen und Gastronomie. Die vom Rat der Stadt Winterberg beschlossene "Winterberger Sortimentsliste" ist den

Festsetzungen als Anlage 1 beigefügt. Innerhalb der Gesamtverkaufsfläche werden die zulässigen Verkaufsflächen und Sortimente wie

folgt beschränkt: Innerhalb der Gesamtverkaufsfläche ist im Erdgeschoss nur ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb als SB-Discountmarkt mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.300 m² zulässig.

Innerhalb der Gesamtverkaufsfläche sind im Obergeschoss weitere großflächige Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche in Summe bis maximal 1.300 m² zulässig. Zulässig sind die Sortimente "Bekleidung und Sportartikel" bis jeweils maximal 1.100 m². Die Verkaufsfläche der einzelnen Einzelhandelsbetriebe im Obergeschoss darf die Verkaufsfläche von 400 m² nicht unterschreiten.

1.2 Mischgebiet

Gemäß §§ 1 Abs.5 und 9 BauNVO sind die nach § 6 Abs. 2 BauNVO im Mischgebiet (MI) allgemein zulässigen Nutzungen

Nr. 6 Gartenbaubetriebe.

Nr. 7 Tankstellen,

Nr. 8 Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO in den Teilen des Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzung geprägt sind,

nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und daher nicht zulässig. Gemäß § 1 Abs.5 und 9 BauNVO sind die nach § 6 Abs. 3 BauNVO im Mischgebiet (MI) ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und daher nicht

2. Bauweise

Innerhalb der abweichenden Bauweise a1 sind zulässig:

Gebäude beliebiger Länge

einseitige Grenzbebauung zur Bahnanlage ohne seitlichen Grenzabstand Innerhalb der abweichenden Bauweise a2 sind zulässig:

Gebäude beliebiger Länge

Bebauung ohne seitlichem Grenzabstand

3. Stellplätze, Nebenanlagen

Stellplätze sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, Garagen sind außerhalb der überbaubaren Flächen nicht zulässig.

Anlagen, die der Versorgung des Gebiets mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie zur Ableitung von Abwasser dienen, sowie fernmeldetechnische Nebenanlagen sind ausnahmsweise

In den Baugebieten sind gem. § 19 (4) Satz 3 BauNVO die Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl bis zu einem Wert von 0,9 durch Nebenanlagen, Stellplätze und deren Zufahrten

4. Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen

4.1 Bauliche Vorkehrungen gegen Gewerbelärm

Die Anlieferungen sind nur werktags von 6 Uhr bis 22 Uhr zulässig.

Der Warenanlieferungsbereich ist baulich zu umschließen, ein Schalldämmmaß R' w ≥ 35 dB ist zu erreichen. Zur Vermeidung von Schallreflektionen sind die Seitenwände und die Decke innerhalb schallabsorbierend zu verkleiden (mittlerer Schallabsorptionsgrad von $\alpha m \ge 0.7$). Die Karton-/Papierpresse ist baulich allseitig zu umschließen, ein Schalldämmmaß (einschließlich Tor) R' w \geq 30 dB ist zu erreichen.

Beschallungsanlagen im Außenbereich und auf der Stellplatzanlage sind nicht zulässig. Die Fahrbahnoberfläche der Stellplatzanlage ist mit einer fugenfreien, glatten Oberfläche auszuführen (z.B. Asphalt oder fugenfreies Pflaster).

Entlang der westlichen Stellplatzbegrenzung der ebenerdigen Stellplätze sowie (soweit vorgesehen) der Stellplätze auf dem Parkdeck und entlang der Rampenwestseite sind eine 1,5 m hohe Schallschutzwand, jeweils bezogen auf OK Stellplatz bzw. Rampe mit einem Schalldämm-Maß R'w ≥ 25 dB zu errichten.

4.2 Bauliche Vorkehrungen gegen Verkehrslärm

An allen Gebäudefronten innerhalb der gekennzeichneten Lärmpegelbereiche (LPB) sind bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden, in den nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen, passive Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz gegen einwirkenden Lärm durch den Verkehr zu treffen.

Die nach außen abschließenden Bauteile von Aufenthaltsräumen (im Sinne des § 2 Abs. 7 i. V. m. § 48 BauO NRW) sind derart auszuführen, dass im Baugenehmigungsverfahren schalltechnische Nachweise zum Schutz gegen Außenlärm gemäß DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise" (Ausg. Nov. 1989) geführt werden können. Hierzu kann die Bescheinigung eines anerkannten Sachverständigen für Schallschutz gefordert werden. Der Nachweis ist im Rahmen des Bauantragsverfahrens zu führen.

Die nach außen abschließenden Bauteile von Aufenthaltsräumen haben folgende Schalldämmmaße aufzuweisen:

Kennzeichnung im Plan	Lärmpegelb ereich	Außenlärmpe gel	R´ _{w,res} erforderlich für Büronutzung und ähnliches	R´w,res erforderlich für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume, Unterrichtsräume und ähnliches
vvvvvv LP IV	IV	<= 70 dB(A)	35 dB(A)	40 dB(A)

Die erforderlichen Schalldämm-Maße sind in Abhängigkeit vom Verhältnis der gesamten Außenfläche eines Raumes zur Grundfläche des Raumes nach Tabelle 9 der DIN 4109 zu erhöhen oder zu mindern. Wenn aufgrund von Abschirmungen u. d. gl. nachweislich und dauerhaft geringere Außenlärmpegel auftreten, kann von den Festsetzungen abgewichen werden. Die Berechnung der konkreten Dämmwerte muss für alle genehmigungspflichtigen baulichen Vorhaben unter Berücksichtigung der DIN 4109 erfolgen.

Für Schlafräume und Kinderzimmer mit Fenstern im Lärmpegelbereich III und höher, sind schallgedämmte Belüftungseinrichtungen vorzusehen, die eine ausreichende Belüftung (d. h. 1- bis 2-facher Luftwechsel pro Stunde) bei geschlossenen Fenstern und Türen ermöglichen und die geforderte Lärmdämmung nicht beeinträchtigen. Die Festsetzungen gelten, sofern diese Räume keine Fenster auf lärmabgewandten Seiten aufweisen, über die eine ausreichende Belüftung gewährleistet werden kann.

Soweit in den Festsetzungen Bezug genommen wird auf technische Regelwerke, DIN-Normen, VDI-Richtlinien oder Richtlinien anderer Art, können diese bei der Stadt Winterberg, Bauamt zu den Öffnungszeiten eingesehen werden.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde als Untere Denkmalschutzbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel: 02761/93750; Fax 02761/937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

Verfahrensvermerke

Aufstellung

Der Rat der Stadt Winterberg hat in seiner Sitzung am 11.11.2015 den Beschluss zur Aufstellung gefasst. Der Beschluss des Rates ist am 01.03.2016 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Frühzeitige Beteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit hat am 25.11.2015 stattgefunden. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat vom 23.12.2015 bis 15.01.2016 stattgefunden.

Der Bau- und Planungsausschuss der Stadt Winterberg hat in seiner Sitzung am 09.02.2016 den Bebauungsplanentwurf mit Begründung gebilligt und die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats beschlossen. Nach ortsüblicher Bekanntmachung am 01.03.2016 wurde der Bebauungsplanentwurf mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 09.03.2016 bis einschließlich 11.04.2016 öffentlich ausgelegt und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Winterberg, den 12.04.2016

Der Bürgermeister Fachbereich Bauen und Stadtentwicklung

Im Auftrag

gez. Brieden

Abwägung und Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Winterberg hat in seiner Sitzung am 19.05.2016 über die vorgebrachten Stellungnahmen entschieden, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit der BauNVO 1990 sowie § 7 GO NRW gefasst und die Satzungsbegründung gebilligt.

Winterberg, den 20.05.2016 Der Bürgermeister Schriftführer gez. Vogelsang gez. Eickler

Bekanntmachung / In-Kraft-Treten

Der Beschluss des Rates der Stadt Winterberg vom 19.05.2016 wurde gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 19.08.2016 ortsüblich bekannt gemacht. Die Satzung ist am 19.08.2016 in Kraft getreten.

Winterberg, den 22.08.2016

Der Bürgermeister Fachbereich Bauen und Stadtentwicklung Im Auftrag

gez. Brieden

Der Bürgermeister

gez. Eickler

Der Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung und Textlichen Festsetzungen, stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Rates der Stadt Winterberg vom 19.05.2016 überein. Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Winterberg, den 22.08.2016



Die Plangrundlage dieses Bebauungsplanes stimmt mit dem amtlichen Katasternachweis und der Örtlichkeit überein. 2015 Stand der Katasterkarte:

Arnsberg 20.09.2016

Dipl.-Ing. Gramann -ÖbVI-

gez. Gramann

Planerstellung Erstellung des Bebauungsplans durch

ArchitekturStadtplanungStadtentwicklung Hamerla | Gruß-Rinck | Wegmann + Partner, Düsseldorf

Düsseldorf, den 13.09.2016

gez. Wegmann



Stadt Winterberg Bebauungsplan Nr. 27 A "Bahnareal Winterberg" 3. Änderung

